

Schweiz

An den Schulen boomt die «Neue Autorität»

Respekt statt Strafe Es schwappt gerade eine Welle der Begeisterung durchs Land. Sie gilt einem neuen pädagogischen Modell. Wie revolutionär ist dieses? Ein Schulleiter und eine Ausbilderin geben Auskunft.

Nina Fargahi

Es geschah an der Primarschule in Bern Bethlehem kurz vor Weihnachten: Mehrere Schüler der fünften und sechsten Klasse umzingelten eine Lehrerin und riefen «Allahu Akbar». Einer der beteiligten Schüler sagte danach, es sei «nur ein Scherz» gewesen. Doch der Vorfall löste Empörung aus. Schulleiter Sebastian Teuscher schrieb in einem Brief an die Eltern: «Die Situation hat uns als Schule schockiert.»

Das Ereignis wurde aufgearbeitet. Und zwar mit dem Ansatz der sogenannten Neuen Autorität. Das heisst: Der Schulleiter hat Gespräche mit den acht beteiligten Schülern und ihren Eltern geführt. Dabei wurde die Grenzüberschreitung besprochen und eine Vereinbarung ausgearbeitet. Darin wird festgehalten, dass so etwas nicht mehr passieren dürfe, ansonsten komme es zu einem Unterrichtsausschluss oder einem Verweis. Die Klassen, Lehrpersonen und Eltern wurden über den Prozess informiert.

Beziehungen fördern, nicht bestrafen

«Es geht um Beziehungsangebote, das Respektieren von Grenzen, nicht um Bestrafung», sagt Teuscher. Die Schule in Bern Bethlehem arbeitet seit sieben Jahren nach dem Modell der «Neuen Autorität». Es stammt ursprünglich aus der Familientherapie und beschreibt ein pädagogisches Konzept, das auf einem Buch des israelischen Psychologen Haim Omer von 1999 basiert.

Doch was genau will dieses Konzept? Der Name irritiert, denn der Denkansatz ist weder neu, noch steht die Autorität im Fokus. Es geht konkret um folgende fünf Pfeiler, die sich gemäss Teuscher so zusammenfassen lassen:

- 1. Präsenz:** Die Lehrperson ist aufmerksam und bemüht sich um die Schülerinnen und Schüler – auch wenn es schwierig wird.
- 2. Abgrenzung:** Die Lehrperson gibt nicht nach, aber sie gibt die Beziehung zu den Schülerinnen und Schülern nicht auf.
- 3. Selbstkontrolle:** Die Lehrperson bleibt ruhig und lässt sich nicht provozieren, sie will die Schülerinnen und Schüler nicht



Dozentin Karin Joachim und Schulleiter Sebastian Teuscher. Fotos: Nicole Pont/Franziska Rothenbühler

kontrollieren, sie kann nur ihr eigenes Verhalten reflektieren und ändern.

4. Wiedergutmachung: Wenn eine Schülerin, ein Schüler Schaden angerichtet hat, erhält er oder sie die Möglichkeit, es wiedergutzumachen.

5. Vernetzung: Die Lehrperson ist nicht allein und darf sich jederzeit Unterstützung holen.

In der Schule in Bern Bethlehem hängen diese Leitsätze in verschiedenen Variationen im Klassenzimmer. Zweimal im Jahr bearbeiten die Schülerinnen und Schüler einen Vormittag lang diese Leitsätze und musizieren dazu. Manchmal fassen sie die Leitsätze zusammen, wie zum Beispiel unter dem momentanen Slogan «Miteinander stark».

«Man hat heute den schulischen Anspruch, nicht mehr alle Kinder über einen Leisten zu schlagen.»

Karin Joachim
Dozentin an der Pädagogischen Hochschule Bern

Teuscher sagt: «Die klassische Autorität hat ausgedient.» Angst machen, Drohen, Erpressen, Anschreien, Manipulieren – alles vorbei. Stattdessen sollten Lehrpersonen und Eltern auf verbindliche Regeln, Respekt und Strukturen setzen. «In diesem Rahmen sind ein schöner Alltag, Kreativität und Produktivität möglich», ist Teuscher überzeugt. An die Stelle einer Autorität durch Macht trete eine neue Autorität durch Beziehungsarbeit.

«An der Grenze der Belastbarkeit»

Immer mehr Schulen interessieren sich für das Konzept. Allein im deutschsprachigen Kantonsgebiet von Bern haben 121 Einführungs- und Vertiefungskurse seit 2021 stattgefunden, teils an den

Schulen selbst, teils an der Hochschule. Zum Angebot gehören ergänzend Beratungen und Supervisionen. Volksschulen profitieren von Subventionen, wenn sie die Kurse der Pädagogischen Hochschule Bern buchen. Auch in Zürich bietet die Pädagogische Hochschule schulinterne Weiterbildungen zum Thema an, jeweils spezifisch für die gewünschte Schulstufe.

Warum kommt dieser Ansatz gerade jetzt in den Schweizer Klassenzimmern vermehrt zur Anwendung? «Das Schulsystem ist an der Grenze der Belastbarkeit angelangt», sagt Karin Joachim, die an der Pädagogischen Hochschule Bern Kurse zur Neuen Autorität gibt. Deshalb sei man auf der Suche nach Lösungen, die den Schulalltag für alle involvierten Personen einfacher und erfüllender machen. Sie spricht von einer «Begeisterungswelle an den Schulen für das Modell der Neuen Autorität».

Auch in der Privatwirtschaft ein Thema

In Zürich befindet sich das Institut für neue Autorität, das den Ansatz in die Schweiz gebracht hat. Mitinhaberin Susan Krause bestätigt das steigende Interesse an diesem Konzept: «Der Ansatz gewinnt in Schulen, sozialen Institutionen und neuerdings auch in der Privatwirtschaft immer mehr an Bedeutung.» Die Nachfrage nach Seminaren und Zertifikatslehrgängen nehme zu.

Dozentin Karin Joachim sagt über den Boom: «Man hat heute den schulischen Anspruch, nicht mehr alle Kinder über einen Leisten zu schlagen.» Nicht nur die Schulleitungen interessieren sich für neue Arten der Führung, auch Eltern möchten nicht mehr nur bequeme Kinder heranziehen, die zu allem Ja und Amen sagen würden. «Es geht darum, dass Kinder entwicklungsfördernde Erfahrungen mit Grenzsetzungen und der Auseinandersetzung mit Schwierigkeiten im Leben machen können, ohne dass dies durch Angsteinflössung, Machtmissbrauch oder Drohen geschieht», sagt Joachim. Das bedeute nicht, dass man den Kindern alle Hindernisse aus dem Weg räume.

Fake News aus Herrliberg

Streit um Schriftstück Ein wichtiges EU-Papier liege nur auf Englisch vor – für Christoph Blocher eine «Frechheit».

Im Interview mit der «Sonntags-Zeitung» wetterte Alt-Bundesrat Christoph Blocher gegen das neue Verhandlungsmandat mit der Europäischen Union. Dieses sei «noch schlimmer» als der gescheiterte Rahmenvertrag.

Und überhaupt: Es sei eine «Frechheit», dass die Grundlage der beginnenden Verhandlungen nur auf Englisch vorliege. Aus dem Bundeshaus verlautete nämlich, es brauche eine Erlaubnis der EU, um es in die Schweizer Landessprachen zu übersetzen. «Wie weit haben wir es gebracht?», fragte der SVP-Übervater aus Herrliberg.

Kolumnist Markus Somm hieb in der «SonntagsZeitung» in dieselbe Kerbe. Der Blocher-Biograf

schrrieb, die EU müsse jedes Wort des Dokuments «als richtig übersetzt» autorisieren. Die EU behandle also die Schweiz wie eine Kolonie: Bern werde damit zum «Neu-Delhi an der Aare».

«Nur eine erste Version»

Der Zorn der beiden bezieht sich auf das sogenannte Common Understanding. In diesem Dokument haben die Schweiz und die EU die Ergebnisse der Sondierungsgespräche festgehalten. Sie bilden die Grundlage für die eigentlichen Verhandlungen, die nun beginnen. Der Bundesrat hat das Dokument den Aussenpolitischen Kommissionen des National- und des Ständerats zur Beratung weitergeleitet.

Aber stimmt es nun wirklich, dass die Mitglieder der Schweizer Parlamentskommissionen die Verhandlungsgrundlage nur auf Englisch lesen dürfen und die EU eine Übersetzung erlauben und absegnen muss?

Der Präsident der Aussenpolitischen Kommission im Nationalrat, Laurent Wehrli, bestätigt zwar auf Nachfrage, dass das Common Understanding bisher nur auf Englisch vorliegt. Aber: «Das ist nur eine erste Version. Sie wurde noch nicht übersetzt, um uns möglichst schnell zu bedienen.» Der Waadtländer FDP-Nationalrat sagt zudem, die Dokumente würden demnächst «in mindestens einer Landessprache» verfügbar sein. Die

Europäische Kommission habe in keiner Weise eine Übersetzung untersagt.

Auf Nachfrage präzisiert Pierre Eltschinger, Sprecher des Aussendepartements (EDA), der Bundesrat habe zwar bisher davon abgesehen, das Common Understanding in eine Landessprache zu übertragen. «Aber auf Wunsch der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats wird es nun übersetzt.»

Der EDA-Sprecher sagt zudem: «Die Übersetzung muss nicht von der EU genehmigt werden und wird der EU nicht vorgelegt. Massgebend ist die Originalversion auf Englisch.»

Das Common Understanding wurde von Staatssekretärin Livia

Leu aufseiten der Schweiz und von Juraj Nociar, Kabinettschef der Europäischen Kommission, ausgehandelt. Laut Pierre Eltschinger handelt es sich um ein technisch-diplomatisches Instrument: «Das Dokument ist nicht rechtsverbindlich.»

Warum also die Aufregung von EU-Gegnern wie Blocher und Som? Für Mitte-Aussenpolitikerin Elisabeth Schneider-Schneiter ist klar: «Es handelt sich um reines Schattenboxen der SVP.» Die Partei wolle die Weiterentwicklung des bilateralen Wegs abwürgen, «bevor die Verhandlungen überhaupt an die Hand genommen wurden».

Edgar Schuler

Swissprinters stellt den Betrieb ein

Schliessung Die Druckerei Swissprinters in Zofingen AG plant den Betrieb Ende September dieses Jahres einzustellen. Die gemeinsame Tochtergesellschaft der Medienunternehmen Ringier und NZZ beschäftigt derzeit 144 festangestellte Mitarbeitende. Grund für die Schliessung sind die rückläufige Nachfrage nach Druckprodukten, der Verlust wichtiger Aufträge sowie anhaltend hohe Papier- und Energiepreise, wie das Unternehmen gestern mitteilte. Für die Zeitschriften der Ringier- und der NZZ-Gruppe wird neben einer nationalen Ausschreibung auch eine internationale vorbereitet. Dies ist notwendig, weil in der Schweiz nach der geplanten Stilllegung offenbar nicht mehr ausreichend Kapazitäten vorhanden sind. (SDA)